



iran-report

Nr. 11/2004

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Präsidenten-Wahlkampf ohne Kandidaten / Reformorientierter Minister vom Parlament abgesetzt / Todesstrafe für Jugendliche unter 18 Jahre verboten / Journalisten protestieren gegen Einschränkungen der Pressefreiheit / Parks nur für Frauen geplant / Zum Märtyrertod bereit / Parlamentsabgeordneter fordert eine „islamische Kulturrevolution“ / Konflikt zwischen Regierung und Parlament / Vizepräsident Abthai zurückgetreten

II. Wirtschaft

Weg für Privatisierung frei / Raketen mit 2000 Kilometern Reichweite / Politische Anfeindungen schaden der Wirtschaft / Benzinknappheit im Winter / Zunahme des Handelsdefizits / Kauf ausländischer Autos wird erleichtert / Anstieg des Exports der EU-Staaten nach Iran

III. Außenpolitik

Letzter Versuch, Irans Atomkonflikt friedlich zu lösen / IAEA bietet Iran Atombrennstoff an / Einschätzung der iranischen Position / Russland sieht keinen Anlass, UN-Sicherheitsrat einzuschalten / Kerrys Vorschlag zur Lieferung von Kernbrennstoff abgelehnt / Iran bevorzugt Bush vor Kerry / „Unsere wichtigste Parole ist nach wie vor: Tod den USA“ / Teheran wirft EU „unverhohlene Menschenrechtsverletzung“ vor / Papst fordert Religionsfreiheit in Iran



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 12/2004 Anfang Dezember) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im November 2004

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

3. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Präsidenten-Wahlkampf ohne Kandidaten

Der Wahlkampf für die im Juni nächsten Jahres stattfindende Wahl des Staatspräsidenten hat längst begonnen, obwohl bislang weder aus den Reihen der Konservativen noch aus den der Reformer Kandidaten aufgestellt worden sind. Zwar hatten sich die Reformer nach langem Ringen auf Mirhossein Moussavi geeinigt, der hat aber abgelehnt.

Moussavi gehörte zum engen Kreis um Ayatollah Chomeini. Er war zu Lebzeiten des Revolutionsführers acht Jahre lang Ministerpräsident, und zwar zu der Zeit, als Iran gegen Irak Krieg führte. Er gehörte innerhalb der Führung des islamischen Staates zu den seltenen Figuren, die tatsächlich an das glaubten, was Chomeini und der islamische Staat verkündet hatten: an einen gerechten Staat. Er stand auf der Seite der „Barfüßigen“, denen Unrecht widerfahren war. Er war davon überzeugt, dass nur der islamische Staat in der Lage sein würde, Gerechtigkeit walten zu lassen. Er gehörte dem linken Flügel der islamischen Revolution an, propagierte den starken Staat und kritisierte die freie Marktwirtschaft. Man könnte ihn einen „Linksislamisten“ nennen, links weil seine Vorstellungen von Staat und Gesellschaft denen von Sozialisten und Kommunisten nahe waren, Islamist, weil er den Ursprung der islamischen Gemeinde als Wegweiser für die Zukunft betrachtete. Sein Ideal war eine islamische „Volksrepublik“.

Schon vor sieben Jahren hatte Moussavi die Bitte seiner Anhänger, für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren, abgelehnt. Erst danach wurde Chatami als Kandidat der „Linken“ aufgestellt. Seitdem hält sich Moussavi politisch im Hintergrund. Dass die Reformer ihn als Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten aufstellen wollten, hatte mehrere Gründe. Erstens war er vermutlich der einzig unter den prominenten Politikern, auf den sich alle Gruppen und Parteien, die sich zur Reformbewegung zählen, einigen konnten. Zweitens konnte man so gut wie sicher sein, dass der Wächterrat seine Kandidatur nicht ablehnen würde. Schließlich rechneten die Reformer damit, dass sie mit Moussavi die Konkurrenz zu den

Kandidaten der Rechten erfolgreich bestehen und damit weiterhin, wenn auch kaum mehr als formal, an der Macht beteiligt sein würden. Moussavi selbst hat sich bislang über die Gründe seiner Ablehnung nicht geäußert. Es wird angenommen, dass er für sich in Anbetracht der Machtkonstellation keine Chance gesehen hat, seine Ideen und Vorstellungen durchzusetzen. Man vermutet auch, dass ihm die Konservativen um Revolutionsführer Ali Chamenei den Verzicht auferlegt haben.

Nun stehen die Reformer mit leeren Händen da. Es gibt weit und breit keine Figur, auf die sie sich einigen könnten. Der frühere Parlamentspräsident Mehdi Karrubi und andere, deren Namen genannt werden, vermögen kaum, alle Reformgruppen für sich zu gewinnen.

Die Konservativen befinden sich in einer ähnlichen Lage. Sie bilden zwar gegen die Reformer eine Einheitsfront, aber sobald es um eine wichtige Entscheidung innerhalb dieser Front geht, zeigen sich Differenzen, die fast unüberbrückbar sind. Als mögliche Kandidaten sind der frühere Außenminister Ali Akbar Welayati und der frühere Leiter des staatlichen Rundfunks und Fernsehens Ali Laridjani im Gespräch. Aber man weiß, dass diese Kandidaten nicht einmal die Stimmen der Gruppen im eigenen Lager erhalten würden, geschweige denn die Stimmen der Mehrheit der Wähler.

In dieser verfahrenen Situation, in der sich sowohl die Konservativen als auch die Reformer befinden, wachsen die Chancen des Ex-Staatspräsidenten Ali Akbar Haschmi Rafsandjani. Er ist zwar im Volk wie kaum ein anderer Politiker verhasst und hat in beiden Lagern zahlreiche Gegner, aber in der augenblicklichen Lage kann er sich als Retter der Nation präsentieren und wohl auch zumindest die Zustimmung der Pragmatiker aus beiden Lagern erhalten. Er selbst hat kürzlich erklärt, er sei eher dafür, dass jüngere Kräfte die Aufgabe übernehmen, aber im Notfall sei er bereit, „dem Islam und dem Vaterland“ zu dienen. Rafsandjani gilt aus der Sicht der meisten Iraner als Drahtzieher bei den Mordanschlägen gegen Dissidenten. Auch im Mykonosprozess, bei dem es um den Mord an vier iranischen Oppositionellen ging, die in dem Berliner Lokal Mykonos umgebracht wurden, wurde er als Auftragge-



ber in Abwesenheit verurteilt. Ferner wird ihm und seinen Söhnen, die inzwischen einen enormen Reichtum angehäuft haben, Korruption und Finanzmanipulationen vorgeworfen. Sollte er tatsächlich den Posten des Staatspräsidenten übernehmen, würde vermutlich die Hoffnung auf Demokratie und Freiheit in Iran in weite Ferne rücken.

Reformorientierter Minister vom Parlament abgesetzt

Das islamische Parlament, in dem die Konservativen die absolute Mehrheit besitzen, hat am 3. Oktober den Verkehrsminister Ahmad Chorram, der zu den Reformern um Präsident Chatami zählt, abgesetzt. Dem Minister wurde Duldung von Korruption sowie Missmanagement vorgeworfen. Das Parlament machte ihn auch für zahlreiche Verkehrsunfälle in der Luft, auf den Schienen und Straßen verantwortlich. Wie die Nachrichtenagentur IRNA berichtete, stimmten 188 Abgeordnete für die Amtsenthebung, 58 dagegen.

Während der Sitzung wurde Chorram wegen der Unterzeichnung verschiedener Verträge mit ausländischen Firmen, denen zum Teil Zusammenarbeit mit Zionisten unterstellt wurde, befragt. Ferner warfen die Abgeordneten dem Minister vor, die Interessen und die Würde der Islamischen Republik geschädigt zu haben.

Chorram wies sämtliche Vorwürfe zurück und widerlegte sie durch entsprechende Unterlagen. Zur Zeit der Debatte hielt sich Präsident Chatami im Ausland auf. Chorram ist der erste Minister der Regierung Chatami, der seit der Bildung des neuen Parlaments abgesetzt wurde. Laut Presseberichten sollen weitere Misstrauensanträge gegen andere Kabinettsmitglieder in Vorbereitung sein. Die massivste Kritik richtet sich gegen den Kultusminister.

Verbot der Todesstrafe für Jugendliche unter 18 Jahren

Wie der Sprecher der Justiz, Djamal Karimi Rad, am 27. Oktober bekannt gab, hat die Justiz dem Parlament eine Gesetzesvorlage eingereicht, die im Falle der Zustimmung fortan die Todesstrafe sowie Strafmaßnahmen wie Peitschenschläge für Männer und Frauen unter 18 Jahren verbietet. Das ist in Anbetracht der gegenwärtigen Lage in

Iran ein erstaunlicher Fortschritt. Wie Karimi Rad vor Journalisten erklärte, wird dieses neue Gesetz in der Strafordnung für Jugendliche unter 18 Jahren tiefgreifende Folgen haben.

Das Gesetz, das aus 53 Paragraphen besteht, beinhaltet neben der Abschaffung der Todesstrafe weitere wichtige Punkte. Zunächst ist festzustellen, dass das Gesetz Männer und Frauen als gleichberechtigt betrachtet. Zwar kann eine Strafe bereits für Kinder ab neun Jahren verordnet werden, aber das Gesetz sieht für verschiedene Altersstufen unterschiedliche Strafmaßnahmen vor. Es gibt drei Altersstufen, von neun bis zwölf, von zwölf bis fünfzehn und von fünfzehn bis achtzehn Jahren. Für sämtliche Altersstufen sind körperliche Strafen wie Peitschenschläge sowie die Todesstrafe verboten.

Positiv zu bewerten ist auch, dass bei Jugendprozessen neben dem Richter zwei bzw. vier Berater sowie ein Verteidiger anwesend sein müssen. Das Gesetz verbietet, Jugendliche unter 18 Jahren in Gefängnissen in Gewahrsam zu nehmen. In der Nähe eines jeden Jugendgerichts soll eine Erziehungsanstalt für Jugendliche eingerichtet werden, in der die Verurteilten untergebracht werden. Wichtig ist auch, dass künftig eine Polizei-Sondereinheit mit entsprechender Ausbildung für Jugendliche zuständig sein soll. Sie wird sich in enger Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern um strafanfällige Jugendliche kümmern.

Der Rechtswissenschaftler Bahman Keschwarz meinte, die Vorlage könnte sogar vor der Verabschiedung unmittelbar positive Folgen haben. Es sei damit zu rechnen, dass ab sofort der Vollzug von Todesstrafen bei bereits verurteilten Jugendlichen vorläufig außer Kraft gesetzt werde.

Journalisten protestieren gegen Einschränkung der Pressefreiheit

Zahlreiche Journalisten haben am 23. Oktober in Teheran an einer Protestveranstaltung gegen die Einschränkungen der Pressefreiheit und die neuerliche Verhaftung von Internetdienstbetreibern teilgenommen. Der Sprecher des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit, Mascha' allah Schams al Waezin sagte, man könne in einem Land mit über fünf Millionen Universitäts- und Hochschulabsolventen und 83 Pro-



zent Lesekundigen die Verbreitung von Nachrichten und Informationen nicht verhindern und die Freiheit der Presse nicht einschränken. Sein Verein werde sich gegen jeden Angriff auf die Freiheit der Meinungsäußerung zur Wehr setzen.

Mohsen Kadivar, Mitglied des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit, begründete die Protestveranstaltung mit der Feststellung, dass die Sicherheits- und Ordnungskräfte „statt ihren Pflichten und Aufgaben nachzugehen, ihre ganze Kraft gegen die Presse konzentriert haben“. Er warf Präsident Chatami vor, sich zuwenig um die Pressefreiheit und die Rechte der Journalisten gekümmert zu haben.

Parviz Vadjavand, Mitglied des Zentralrats der Nationalfront, erklärte: „Uns geht es um demokratische Grundsätze. Wir brauchen ein Zustand, in dem Dialoge möglich sind, in dem das Volk als wichtigste Instanz akzeptiert wird und alle sich dem Volkswillen verpflichtet fühlen.“ Vardjavand meinte, alle Festnahmen seien gesetzlich legitimiert. Daher müsse die Gesetzgebung geändert werden. Solange dies nicht geschehe, werde sich nichts ändern. „Unsere Republik ist mit keiner anderen Republik auf der Welt vergleichbar“, fügte er hinzu. Nicht einmal die staatlichen Medien würden den Staatspräsidenten ernst nehmen. Ein Staatschef, der keine Macht habe, werde niemals in der Lage sein, die Interessen des Volkes durchzusetzen. Die eigentlichen Machthaber im Land hätten ihre Pfeile gegen die Jugend gerichtet, denn sie seien sich dessen bewusst, dass die Jugend grundlegende Veränderungen anstrebe und nicht mehr gewillt sei, sich als Menschen zweiter Klasse behandeln zu lassen. Vardjavand schlug vor, alle liberalen Zeitungen sollten an einem bestimmten Tag auf ihrer Titelseite Fotos und Lebensläufe der in Haft befindlichen Journalisten veröffentlichen. Eine solche gemeinsame Aktion würde nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland große Aufmerksamkeit erwecken.

Nargess Mohammadi, die Frau des bekannten Dissidenten Taghi Rahmani, der sich zurzeit in Haft befindet, sagte, der Urnengang bedeute noch lange nicht, dass in einem Land Freiheit und Demokratie herrsche. Die Demokratie basiere auf zivilen Organisationen und Instanzen, auch auf einem entsprechenden Rechtssystem. „Wenn die Bürger ei-

nes Landes merken, dass die eigenen Justizbehörden die Menschen nicht gleich behandeln und keine Gerechtigkeit walten lassen, wenden sie sich zwangsläufig an internationale Instanzen.“, sagte Mohammadi. „Wir wissen zum Beispiel nicht, an wen wir uns wenden sollen, wenn wir Monate lang überhaupt keine Nachricht von unseren Männern erhalten und nicht wissen, ob sie noch am Leben oder bereits tot sind.“

Ali Mazrui, einer der bekanntesten Verfechter der Reformen, dessen Sohn vor kurzem verhaftet wurde, weil er einen Internetdienst betreibt, sagte, er könne nicht begreifen, welche Gefahr so ein junger Mensch für den Staat darstelle und warum er in Haft genommen werden müsse. Statt sich um das Verderben zu kümmern, von dem das ganze Land beherrscht werde, gehe man gegen ein paar junge Menschen vor, die im Internet ihre Meinung äußern. Die Verantwortlichen würden an diesem Irrweg, den sie eingeschlagen hätten, am Ende selbst scheitern.

Mostafa Tadjzadeh, Vorstandsmitglied der Moschrekate-Partei, sagte: „Wir als Bürger eines Landes, das ein Vorbild für Frieden und Demokratie sein könnte, sind heute soweit, dass wir unsere Nachbarstaaten um das Recht auf freie Meinungsäußerung beneiden müssen. Seit vier, fünf Jahren werden die Gesetze, die Moral, die nationale Ehre und Kultur missachtet und verletzt.“ Tadjzadeh fragte: „Was haben die Verantwortlichen damit erreicht?“ Der beste Maßstab für die Legitimität eines Staates seien politische Gefangene, fuhr er fort. Wenn diese Gefangenen vom Volk verachtet werden würden, bedeute dies, dass der Staat akzeptiert werde. Das treffe aber auf die politischen Gefangenen in Iran nicht zu. „Die Machthaber tun gut daran, mit diesen Methoden aufzuhören“, sagte Tadjzadeh. Das Internet sei das beste Medium für die Öffentlichkeit. Früher hätte man in Taxis und Omnibussen die öffentliche Meinung erfahren können. Heute könne sich jeder, unbeeinflusst von Macht und Reichtum, im Internet frei äußern. Doch die Machthaber möchten dies verhindern. Zunächst hätten sie ihre Angriffe gegen die Presse gerichtet, nun seien die Internetdienst an der Reihe. „Ich fürchte, dass diese Vorgehensweise zur Radikalisierung der Gesellschaft führen wird und dass der Druck im Innern dazu führt, dass die Blicke sich mehr und mehr nach außen rich-



ten“, betonte Tadjzadeh. „Irgendwann werden sich Zeitungen in Flugblätter verwandeln. Jeder wird dann Behauptungen in die Welt setzen können, die geglaubt werden. Denn die Regierung hat sich als unglaubwürdig erwiesen. Das wird dem Demokratisierungsprozess in unserem Land großen Schaden zufügen.“

Der letzte Redner war Hossein Ansari Rad, der in der vergangenen Legislaturperiode den Vorsitz des Petitionsausschusses im Parlament innehatte. Er sagte, das wichtigste Recht des Volkes sei das Recht zur Selbstbestimmung und das Recht auf individuelle Freiheit. Diese Rechte seien in der Verfassung als gottgegebene Rechte verankert. Ein Verstoß dagegen bedeute nichts anderes als die Missachtung des Glaubens und der islamischen Gesetzgebung. In einer islamischen Gesellschaft genieße jedes Individuum das Recht der Kritik, es sei berechtigt, Ereignisse zu kommentieren und Fragen an die Machthaber zu stellen. Sogar der Koran schreibe vor, das Unrecht zu bekämpfen, Lügen zu entlarven und gegen jeden Angriff auf Hab und Gut, Ehre und Würde der Menschen Widerstand zu leisten. „Genau dies ist meiner Ansicht nach auch die Aufgabe der Journalisten“, sagte Ansari Rad. Er nannte als Beispiel den Journalisten Akbar Gandji, der nach der Berliner Iran-Konferenz verhaftet wurde und seitdem im Gefängnis sitzt. Gandji habe erkannt, dass nichts auf der Welt schmutziger, zerstörerischer und verderblicher sei als der Missbrauch der Macht und er ist mit bewundernswertem Mut dagegen vorgegangen.

Einrichtung von Parks für Frauen

Es ist schon erstaunlich, zu welchen Ideen und Einfällen die Islamische Republik führt. Der Stadtrat von Teheran hat beschlossen, bis März 2006 fünf Parks für Frauen einzurichten. In diesen Parkanlagen können sich Frauen ohne Schleier und Kopfbedeckung aufhalten, Sport treiben, mit ihren Kindern spielen und ohne belästigt zu werden tun und lassen wozu sie Lust haben. Die Stadtverwaltung hat bereits mit der Umsetzung des Beschlusses begonnen.

Rasoul Chadem, Mitglied des Stadtrats und Initiator des Projekts, begründete das Vorhaben vor der Presse. In Anbetracht der psychischen Belastung, der Frauen ausgesetzt seien und im Hinblick darauf, dass auch Frauen sich

bewegen und Sport treiben sollten, bot dieser Vorschlag einen guten Ausweg, sagte Chadem. In den Parkanlagen, zu denen Männer keinen Zugang hätten, könnten sich Frauen vergnügen und austoben. Der Beschluss käme zwar spät, aber nicht zu spät. Zahlreiche Frauen hätten das Projekt begrüßt. Seit Jahren hätten sich Frauen immer wieder über die ihnen auferlegten Einschränkungen beklagt und sich darüber beschwert, dass „Männer sich draußen frei bewegen, joggen, die Sonne und die Natur genießen und ihren Alltag nach Lust und Laune gestalten“ könnten, Frauen jedoch all dies verwehrt werde.

Die Parks, die die Bezeichnung „Park der Mutter“ tragen, sollen in verschiedenen Stadtteilen Teherans eingerichtet werden. Die Idee ist nicht ganz neu. Einen solchen Park gibt es bereits in der Stadt Isfahan. Frauen in Isfahan äußerten ihre Zufriedenheit über diese Einrichtung. Sie werde vorwiegend von jungen oder von alten Frauen besucht, berichteten sie.

Das Dienstpersonal der Parks soll ausschließlich aus Frauen bestehen. Die „Parks der Mutter“ sollen ein abgetrennter Teil einer bereits bestehenden öffentlichen Parkanlagen sein. Als „natürliche Mauern“ dienen Bäume und Büsche.

Mohammad Djawad Mohammadi, stellvertretender Abteilungsleiter für Dienstleistungen im Teheraner Rathaus sagte, die Parks werde man möglichst an verkehrsgünstigen Orten anlegen, damit sie von Frauen leicht erreicht werden können. Die Kosten der fünf Parks werden nach seiner Einschätzung umgerechnet etwa 8,5 Millionen Euro betragen.

Bereit zum Märtyrertod

Der Parlamentsabgeordnete Mehdi Tabatabai, der zur Fraktion der Konservativen gehört, kritisierte die Sicherheitsmaßnahmen, die für den Umzug des Parlaments in das renovierte alte Parlamentsgebäude getroffen wurden. „Wozu sollen wir die Straßen sperren und uns in einen Käfig einsperren“, sagte er. „Lasst das Theater sein, lebt lieber mit dem Volk. Nehmen wir an, wir werden getötet. Davor brauchen wir uns nicht zu fürchten. Haben wir nicht immer gesagt, der Märtyrertod sei unser



größter Wunsch? Lasst ruhig zu, dass unser Wunsch erfüllt wird."

Parlamentsabgeordneter fordert eine „islamische Kulturrevolution“

Mohammad Taghi Rahbar, konservativer Parlamentsabgeordneter aus Isfahan, forderte auf einer von ihm persönlich einberufenen Pressekonferenz eine „islamische Kulturrevolution“, ähnlich wie die, die zu Beginn der Revolution von Ayatollah Chomeini durchgeführt wurde. „Wir brauchen diese Revolution, damit wir nicht in die Hölle geraten, in die uns der Westen verführen will“, sagte Rahbar. Den ersten richtigen Schritt habe das Parlament mit dem Plan, eine „nationale Kleidung“ zu verordnen, bereits getan. Ein entsprechender Beschluss stehe unmittelbar bevor. Der geistliche Würdenträger hatte sich bereits beim Freitagsgebet über die „zunehmende Missachtung der islamischen Kleidervorschriften“ beklagt. Die Schuld für diese „Misere“ liege beim Ministerium für Islamische Führung sowie bei der Justiz, sagte er. Sie verhielten sich „dem sich verbreitenden Verderben gegenüber gleichgültig“. Man habe die Parabolantennen geduldet und es hingenommen, dass die „Fernsehzuschauer mit vom Westen gesteuerter Propaganda bombardiert werden“. Man habe den Zugang zum Internet geduldet und es hingenommen, dass das Verderben durch sexuelle und unmoralische Berichte große Verbreitung fand.

„Auch zahlreiche Zeitungen und Bücher bilden ein Herd des Verderbens“, sagte der Abgeordnete aus Isfahan. „Ich behaupte, dass in den letzten Jahren (seit der Wahl Chatamis) der Islam zehn Mal schlimmer besudelt wurde als in der Regierungszeit des Schah“. Auf der internationalen Buchmesse in Teheran seien Bücher präsentiert worden, die als Beleidigung des Islam und des Propheten angesehen werden könnten. Er habe 70 Bücher von 11 Verlagen gezählt, die zur Verbreitung westlicher Kultur dienten, 50 Bücher von 20 Verlagen hätten vom Nihilismus gehandelt, 240 Bücher von 42 Verlagen seien Liebesromane, 50 Bücher erzählten von der Familie des Schah, 15 Bücher behandelten sexuelle Themen und Körperpflege der Frauen. Auch verbotene Bücher, vor allem von Gegnern der Islamischen Revolution verfasst, seien verkauft worden.

Rahbar meinte, die Verantwortlichen, vor allem im Ministerium für islamische Führung, das er als „Ministerium für Verderben und Verführung“ bezeichnete, sollten gerichtlich verfolgt werden. Die herrschende Gleichgültigkeit sei äußerst gefährlich. Natürlich habe das Verderben auch ökonomische Hintergründe. Die zunehmende Flucht junger Mädchen aus ihren Elternhäusern und die Zunahme der Prostitution seien „bittere Folgen“ der Unbekümmertheit der Verantwortlichen. „Wir brauchen eine neue Kulturrevolution“, sagte Rahbar. „Unsere Ministerien, Schulen und Universitäten, Kinos, Theater, die Presse und die Verlage müssen islamisiert werden.“ Natürlich seien auch positive Schritte unternommen worden. Diese würden jedoch zurückgedrängt, wenn man unter dem Vorwand der Achtung der freien Meinungsäußerung alle Tore für den Einzug des Verderbens öffnen würde.

Auf die Frage, wie man diesen Zustand ändern könne, sagte Rahbar: „Unsere Strategie ist eindeutig. Wir brauchen eine Kultur, die vom Glauben beherrscht wird.“ „Uns wirft man Talibanismus vor“, fügte er hinzu. „Aber wir wollen einen fortschrittlichen Islam“. Deshalb müssen an den Universitäten Säuberungen durchgeführt werden. Auch die islamische Einheitskleidung sei wichtig.

Konflikt zwischen Regierung und Parlament

Hassan Noi Eghdam, Mitglied des Parlamentspräsidiums, kritisierte scharf die Schulpolitik der Regierung. Die Schul- und Bildungspolitik werde von einer „politischen Bande“ geführt, sagte Eghdam. Diese „Bande“ plane, anstatt sich um die Probleme der Schule und Ausbildung zu kümmern, die Einrichtung eines Schülerparlaments, das lediglich eine politische Ablenkung darstelle und völlig nutzlos sei. „Die Kräfte der Revolution sind wach und werden nicht zulassen, dass die Revolution zum Spielball dieser Leute wird“, warnte Eghdam. „Das ist auch die Position des Parlaments. Die Regierung ist Befehlsempfänger des Parlaments und verpflichtet, den Willen der Volksvertretung umzusetzen. Wenn die Regierung unsere Politik akzeptiert, können wir zusammenarbeiten, wenn nicht, muss sie zurücktreten.“

Vizepräsident Abtahi zurückgetreten

Vizepräsident Mohammad Ali Abtahi, der zu den engsten Vertrauten von Präsident Chatami zählte, ist am 12. Oktober zurückgetreten. Er war für rechtliche Fragen und für die Beziehungen der Regierung zum Parlament zuständig. Seinen Rücktritt begründete er damit, dass er mit dem von Konservativen beherrschten Parlament nicht mehr zusammenarbeiten könne. „Ich betrachte nach wie vor die Reformen als einzigen Weg, der unser Land retten könnte“, schrieb er auf seiner Internetseite. „Ich wünsche meinem Nachfolger gute Zusammenarbeit mit dem Parlament. Ich selbst fühlte mich dazu außerstande. Ich werde nun versuchen, mehr als zuvor meiner eigenen Persönlichkeit treu zu bleiben.“ In einem Abschiedsbrief schrieb Abtahi, er werde weiterhin dem Präsidenten beratend zur Seite stehen. Chatami hat den Rücktritt Abtahis, den er vor drei Monaten abgelehnt hatte, mit Bedauern akzeptiert. Inzwischen hat Madjid Ansari die Nachfolger Abtahis angetreten.

II. Wirtschaft
Weg für Privatisierung frei

„Der Rat zur Entscheidung über die Interessen des Landes“, eine Art Vermittlungsinstanz, die bei Konflikten zwischen der Regierung, dem Parlament und dem Wächterrat eingeschaltet wird, hat überraschend mit einer Verfassungsänderung den Weg für die Privatisierungen staatlicher Unternehmen, darunter rohölverarbeitende Firmen, Minen, Banken, Versicherungen, Telekommunikations- und Verkehrsunternehmen, freigemacht.

„Um wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung zu erzielen(...) sind Investitionen, Eigentum und Management dieser Bereiche durch private, genossenschaftliche und öffentliche Sektoren erlaubt“, heißt es in einem Beschluss des Rates. Ziel der Entscheidung ist es, die Wirtschaft des Landes anzukurbeln. Die Islamische Republik soll laut dem von der Regierung vorgelegten Fünfjahrplan ein durchschnittliches Wachstum von acht Prozent erreichen. Im laufenden Finanzjahr bis März 2005 wird mit einem Wachstum von 6,7 Prozent gerechnet.

Mit dem Beschluss wird Artikel 44 der nach der islamischen Revolution im Jahr 1979 verabschiedeten Verfassung geändert. Er legte bislang fest, dass die Kernbereiche der Infrastruktur des Landes in öffentlicher Hand bleiben müssen.

Nicht erwähnt in der Entscheidung sind Unternehmen zur Förderung von Öl und Gas sowie die von den Telekommunikationsunternehmen genutzten Frequenzen. Konservative Politiker haben sich lange gegen jede Art von Privatisierung gewehrt. Im Juni überwies schließlich das Staatsoberhaupt Revolutionsführer Ali Chamenei die Angelegenheit an den „Rat zur Entscheidung der Interessen des Landes“, der sich aus ultrakonservativen Vertretern der islamischen Geistlichkeit, aber auch aus pragmatischen Konservativen und reformorientierten Ministern zusammensetzt. Erstaunlich ist, dass gerade nachdem Konservative im Parlament die absolute Mehrheit errungen haben, ein solcher Beschluss über die Köpfe der Abgeordneten hinweg gefasst wird.



Raketen mit 2000 Kilometern Reichweite

Nach offiziellen Angaben verfügt Iran inzwischen über Raketen von 2000 Kilometern Reichweite. Damit könne die iranische Armee weit entferntere Ziele erreichen als bislang angegeben, sagte Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandjani nach einem Bericht der Nachrichtenagentur IRNA. Experten wüssten, dass ein Land, das über derartige Raketen verfüge, alle weiteren Phasen meistern könne. Zudem verfüge Iran über die grundlegende Technologie, um Satelliten herzustellen und ins All zu bringen. Im Januar hatte Iran angekündigt, binnen 18 Monaten einen Satelliten mit einer im eigenen Land produzierten Rakete zu starten.

Politische Anfeindungen schaden der Wirtschaft

Obwohl die konservativen Islamisten, die im Parlament die absolute Mehrheit besitzen, zu Beginn der Legislaturperiode erklärt haben, dass sie sich um eine gute Zusammenarbeit mit der Regierung bemühen werden, versuchen sie, überall, wo es möglich ist, der Regierung Steine in den Weg zu legen. Diese Vorgehensweise hat im Bereich der Wirtschaft bereits größeren Schaden angerichtet. Dazu gehörte der Beschluss, alle Verträge, die die Regierung mit ausländischen Unternehmen schließt, durch das Parlament genehmigen zu lassen. Dieser Beschluss wurde allerdings, nachdem er scharfe Proteste der Regierung und der Wirtschaft hervorgerufen hatte, revidiert und vorerst auf die Verträge mit zwei türkischen Unternehmen beschränkt. Es handelt sich einmal um das Unternehmen Turkcell, das mit der Einrichtung von Mobilfunk beauftragt wurde und zum anderen mit dem Unternehmen TAV, das bestimmte Dienstleistungen am neuen Teheraner Flughafen übernommen hatte.

Laut Vertrag mit Turkcell wird das Unternehmen einen Verteiler für 16 Millionen Mobilfunkverbindungen einrichten. Dafür erhält die Firma 300 Millionen Euro und 28 Prozent des erzielten Gewinns aus dem Verkauf. Die Firma hat sich verpflichtet, in der ersten Phase 5 Millionen Verbindungen zum Preis von je 150 Euro zu verkaufen. Es war vorgesehen, dass die Firma sofort die Arbeit aufnimmt und bis März nächsten Jahres mit dem Verkauf beginnt. Turkcell ist an dem Projekt mit 70 und der iranische Staat mit 30 Prozent betei-

ligt. Das Parlament möchte nun Änderungen im Vertrag vornehmen und unter anderem den Anteil der staatlichen iranischen Gesellschaft auf 51 Prozent erhöhen bzw. den von Turkcell auf 49 Prozent reduzieren. Es ist höchst fraglich, ob sich das Unternehmen auf diese Änderungen einlässt. Im Fall der Annullierung des Vertrags müsste Iran einen Schadensersatz in Millionenhöhe leisten.

Ähnlich verhält es sich mit dem türkischen Unternehmen TAV. Sollte der mit diesem Unternehmen bereits abgeschlossene Vertrag nicht realisiert werden, müsste Iran einen Schadensersatz in Höhe von 15 Millionen Euro bezahlen.

Offenbar beabsichtigt nun das Parlament, weitere mit ausländischen Firmen abgeschlossene Verträge zu überprüfen. Ahmad Tawakkoli, der zu den einflussreichsten Abgeordneten unter den Konservativen gehört, erklärte, der Vertrag mit der Firma Renault/Nissan sei nicht „einwandfrei“. Sollten die Fehler nicht beseitigt werden, werde das Parlament einschreiten. Dieser Vertrag ist der größte Vertrag, den Iran bisher im Bereich der Autoindustrie abgeschlossen hat. Darin hat sich Renault/Nissan verpflichtet, mehr als eine Milliarde Euro in Iran zu investieren. Es ist vorgesehen, dass die iranisch-französische Firma in einer ersten Phase jährlich 300 bis 500 tausend Fahrzeuge produziert. An dem Unternehmen ist Iran mit 51 Prozent und Renault/Nissan mit 49 Prozent beteiligt.

Benzinknappheit im Winter

Eigentlich müsste der iranische Staat über den raschen und kontinuierlichen Anstieg der Ölpreise auf dem Weltmarkt glücklich sein. Doch dieses Glück wird stark getrübt durch die Probleme, die der Preisanstieg für den inländischen Benzinverbrauch erzeugt. Diese Probleme könnten bereits im bevorstehenden Winter zu schier unüberwindbaren Engpässen führen. Iran verbraucht täglich 63 Millionen Liter Benzin. Davon werden 40 Millionen Liter im Inland produziert. Der Rest von 23 Millionen Liter muss aus dem Ausland importiert werden. Dieser importierte Teil wird vom Staat subventioniert und zum inländischen Preis verkauft. Dafür hatte die Regierung zusätzliche 310 Millionen Dollar beantragt, die aus den Devisenreserven entnommen werden soll-



ten. Doch aufgrund des Preisanstiegs reicht diese Summe längst nicht aus. Somit wäre, selbst wenn das Parlament den Antrag genehmigen sollte, die Regierung nicht in der Lage, die benötigte Benzinmenge zu importieren. Mehdi Astaneh, parlamentarischer Staatssekretär im Ölministerium sagte: „Wir haben dem Parlament vorgerechnet, dass wir in Anbetracht des Benzinpreisanstiegs nicht in der Lage sein werden, mit den beantragten 310 Millionen Dollar unseren Benzinbedarf zu decken. Folglich müssten wir einen Zusatzantrag stellen.“ Das Zögern des Parlaments, den bereits gestellten Antrag zu genehmigen, geschweige denn einem Zusatzantrag zuzustimmen, könnte für den bevorstehenden Winter schwere Folgen haben, warnte Astaneh. Denn der Kauf von Benzin, der Transport zu den Häfen und zu den Verteilerzentren nehme eine lange Zeit in Anspruch. Man müsse nun rasch handeln, sonst werde der Benzinmangel im kommenden Winter das Land vor unlösbare Probleme stellen. Dann gäbe es keinen anderen Ausweg, als Benzin zu rationieren. Die Verbraucher müssten in langen Schlangen stehen und dieser Zeitverlust hätte weitreichende ökonomische sowie psychologische Folgen.

Ghanimi Fard, Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen im Ölministerium, erklärte: „Unser Budget für dieses Jahr war bereits im September aufgebraucht.“ Diesen Umstand begründete er mit dem Anstieg der Benzinpreise auf dem Weltmarkt sowie mit dem Anstieg des Inlandverbrauchs. Auch Ölminister Bijan Zangeneh gab bekannt, dass sich Iran strategisch betrachtet im Bezug auf Benzinreserven in einer tiefen Krise befindet. Es sei höchste Zeit, dass das Parlament die nötigen Entscheidungen treffe. Sollte das Parlament dem Antrag der Regierung nicht zustimmen, würden ab Januar die Tankstellen ab vierzehn Uhr schließen müssen.

Im Parlament herrscht keine Einigkeit. Einige Abgeordneten sind der Meinung, das Problem lasse sich durch eine drastische Sparpolitik lösen. Andere meinen, die Regierung sollte sich mehr um den Austausch von Rohöl gegen Benzin bemühen. Die Diskussion im Parlament dauert noch an und der Winter hat sich bereits in einigen Teilen des Landes angekündigt.

Hossein Kazemzadeh, Berater des Ölministeriums, äußerte die Ansicht, die

höheren Einnahmen, die Iran zurzeit durch den Anstieg der Benzinpreise erzielt, sollten für Investitionen in der Öl- und petrochemischen Industrie verwendet werden. „Stattdessen werden diese Einnahmen für Subventionen und Projekte eingesetzt, wovon das Land, langfristig betrachtet, keine Nutzen haben wird“, sagte Kazemzadeh.

Zunahme des Handelsdefizits

Laut Angaben der Nachrichtenagentur „Fars“ verzeichnet der iranische Außenhandel – den Ölexport nicht einberechnet – ein Defizit in Höhe von 20,6 Milliarden Dollar, was im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von 16,7 Prozent bedeutet. Dieses Defizit liegt beim Handel mit Deutschland mit 2,7 Milliarden Dollar am höchsten, danach folgen der Handel mit den Emiraten (2,6 Milliarden Dollar), mit Frankreich (2,2 Milliarden Dollar) und mit Italien (1,5 Milliarden Dollar). Demgegenüber verzeichnet Iran beim Handel mit den USA einen Überschuss in Höhe von 80 Millionen Dollar, wobei das Handelsvolumen zwischen den beiden Staaten im ersten Halbjahr 2004 insgesamt 120 Millionen Dollar betrug.

Kauf ausländischer Autos erleichtert

Iran will den Kauf ausländischer Autos erleichtern. Das neue Gesetz werde bald in Kraft treten, sagte Ebrahim Chodaji vom Import-Export-Büro des iranischen Handelsministeriums der Nachrichtenagentur AFP in Teheran. Demnach müssen Privatleute oder Firmen künftig lediglich die Rechnung vorlegen, um eine Erlaubnis des Handelsministeriums einzuholen. Bislang sind dafür eine Lizenz oder der Nachweis der Zahlung durch Banken nötig. Von nun an müsse der Käufer nicht einmal mehr der Vertreter eines Automobilunternehmens in Iran sein.

Allerdings dürfen Privatleute, Firmen oder Institutionen pro Jahr nur ein aus Europa kommendes Fahrzeug kaufen und sie müssen eine Steuer von 130 Prozent zahlen. Insgesamt sollen künftig 15 ausländische Firmen in Iran zugelassen werden, darunter BMW, Daimler-Chrysler, General Motors, Ford, Renault, Citroen, Peugeot, Toyota, Nissan, Mitsubishi und Honda. Zu Handelszwecken hatte Iran bereits 2003 die Einfuhr ausländischer Wagen er-



laubt. Die Steuer darauf liegt bei 130 bis 300 Prozent.

Iranische Autos gelten als technisch veraltet und umweltbelastend. Laut dem Chef des Unternehmenskonsortiums Iran-Chodro, Manuschehr Manteghi, entsprechen nur 20 Prozent der einheimischen Autos den internationalen Standards. Dennoch ist die Autoproduktion in Iran im Auftrieb; im vergangenen Jahr lag die Stückzahl bei 700.000.

Anstieg des Exports der EU-Staaten nach Iran

Die neuesten Daten zeigen, dass der Export der EU-Staaten nach Iran in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres beachtlich gestiegen ist. Demnach haben die 25 EU-Staaten von Januar bis Juni 2004 Waren im Wert von 5,449 Milliarden Euro nach Iran exportiert, während im selben Zeitraum des Vorjahres der Wert der exportierten Waren 4,324 Milliarden Dollar betrug. Das ist ein Anstieg von 25 Prozent. Demgegenüber liegt der Import der EU-Staaten aus Iran im ersten Halbjahr 2004 mit 3,472 Milliarden Euro nur um sechs Prozent höher als im ersten Halbjahr 2003 (3,27 Milliarden Euro).

Unter den EU-Staaten, die Waren nach Iran exportieren, liegen Deutschland, Italien und Frankreich nach wie vor an der Spitze. Die drei Staaten haben in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres insgesamt Waren im Wert von 3,85 Milliarden Euro nach Iran exportiert. Das ist 77 Prozent des gesamten Exports der EU-Staaten nach Iran. Der Anteil Deutschlands betrug 1,6 Milliarden Euro. Im Vorjahr waren es noch 1,2 Milliarden Euro. Auch der Export aus Frankreich stieg von 833 Millionen Euro (2003) auf 1,2 Milliarden Euro (2004). An dritter Stelle steht Italien mit einer Milliarde Euro, was im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von 128 Millionen Euro aufweist.

Der Handel Irans mit den zehn neuen Mitgliedern der EU ist noch gering. Insgesamt haben diese Staaten im ersten Halbjahr 2004 Waren im Wert von 19 Millionen Euro nach Iran exportiert und im gleichen Zeitraum Waren im Wert von 4 Millionen Euro aus Iran importiert.

Auch Schweden konnte den Export von 230 Millionen (2003) auf 315 Millionen erhöhen und damit noch vor Großbritan-

nien die vierte Stelle unter den EU-Ländern einnehmen. Im Gegensatz zu den genannten Staaten zeigt der Export aus Großbritannien mit 302 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 9 Millionen Euro.

Belgien, Holland und Spanien haben von Januar bis Juni 2004 der Reihe nach Waren im Wert von 228, 220, 204 Millionen Euro nach Iran exportiert.



III. Außenpolitik

Letzter Versuch, Irans Atomkonflikt friedlich zu lösen

Die drei EU-Staaten Frankreich, Deutschland und Großbritannien, die seit fast zwei Jahren versuchen, den Konflikt zum iranischen Atomprogramm friedlich zu lösen, haben den vermutlich letzten Versuch unternommen, Iran zu einem dauerhaften Verzicht auf die Urananreicherung zu bewegen: Hoch angereichertes Uran kann zur Herstellung von Atombomben verwendet werden.

Regierungsvertreter der drei Länder übergaben am 21. Oktober in der französischen Botschaft in Wien einer iranischen Delegation entsprechende Vorschläge. Sirus Nasser, Mitglied der iranischen Delegation, bezeichnete die Atmosphäre der dreistündigen Sitzung als „freundlich“. Die Teilnehmer hätten vereinbart, bis zur nächsten Sitzung des Gouverneursrats der Internationalen Atombehörde (IAEA) am 25. November den Dialog weiterzuführen, sagte Nasser. Teheran werde die Vorschläge überprüfen und dazu offiziell Stellung nehmen.

Die EU-Staaten haben Iran mit ihren Vorschlägen, die als „Zuckerbrot-und-Peitsche-Paket“ bezeichnet wurden, vor die Wahl gestellt, entweder dauerhaft auf die Urananreicherung zu verzichten oder sich möglichen Sanktionen auszusetzen, die der UN-Sicherheitsrat gegen das Land verhängen könnte. Im Falle des Verzichts erklären sich die Europäer zu einer ganzen Reihe von Zugeständnissen bereit. In dem Memorandum, das der iranischen Delegation übergeben wurde, heißt es: „Wir sind bereit, Iran die Lieferung von Brennstoffen für Kernkraftwerke zu sichern.“ Die EU werde Iran auch beim Kauf eines Leichtwasserreaktors in Russland unterstützen. Ferner werde sie die Verhandlungen mit Teheran über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen wieder aufnehmen und den Antrag Irans zur Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unterstützen. Weiterhin bieten die drei EU-Staaten an, gemeinsam mit Iran terroristische Organisationen zu bekämpfen und betonen in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass sie nach wie vor die Volksmodjahedin, eine Organisation, die sich seit Jahren im Irak aufhält und von dort aus den bewaffneten Kampf gegen das Regime in Teheran versucht, als „terroristisch“ einstufen.

Besonders interessant ist die Absichtserklärung der drei EU-Staaten, sich dafür einzusetzen zu wollen, dass die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens von „Massenvernichtungswaffen“ befreit werde. Sie betonen, dass dies eine Forderung Irans sei. In der Tat fordern insbesondere die Reformer in Iran bereits seit Jahren, dass die Region zu einer atomfreien Zone erklärt werde, eine Forderung, die sich vor allem gegen Israel richtet.

Das Vorschlagspaket enthält noch die Bereitschaft der Europäer, Iran beim Kampf gegen den Drogenschmuggel zu unterstützen. Sollte Iran jedoch nicht bereit sein, auf die Urananreicherung, die auch zum Bau von Atombomben verwendet werden könnte, zu verzichten, werde die EU den Vorschlag der USA, die Akte Irans an der UN-Sicherheitsrat weiterzuleiten, unterstützen heißt es in dem Memorandum. Sollte Iran immer noch nicht zur Kooperation bereit sein, werde der Sicherheitsrat angemessene Maßnahmen zur Verhinderung des iranischen Atomprogramms beschließen.

Es ist kaum einzuschätzen, wie Iran letztendlich auf dieses Ultimatum reagieren wird. Bisher haben sämtliche Verantwortlichen, einschließlich Reformer wie Präsident Chatami erklärt, Iran werde unter keinen Umständen auf sein verbrieftes Recht, die Technologie zur friedlichen Nutzung von Atomenergie weiterentwickeln zu können, verzichten. Dazu gehöre auch die Anreicherung von Uran. Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandjani sagte im Vorfeld des Treffens in Wien: „Wir haben unsere Position bekannt gegeben. Daran ist nichts mehr zu ändern. Aber wir werden versuchen, die Probleme auf diplomatischem Weg zu lösen.“ Man dürfe die Konflikte nicht schüren, aber auch nicht zulassen, dass „die Rechte unsres Landes, unsres Volkes und unserer Revolution beschnitten werden“. Auch Staatspräsident Chatami sagte, Iran betrachte die Nutzung der Atomtechnologie als sein verbrieftes Recht. Dieses Recht müsse international akzeptiert werden. Einzig Hassan Rohani, Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats und Chefverhandler für Atomfragen, ließ sich eine Hintertür offen. Zwar betonte auch er, dass Iran auf sein Recht beharren und unter keinen Umständen auf die Urananreicherung verzichten werde,



fügte jedoch hinzu: „möglicherweise lassen wir über die Verlängerung der Aussetzung unseres Programms mit uns verhandeln.“ Die Vorsicht, die aus dieser Äußerung zu spüren ist, lässt sich mit der Stimmung begründen, die die Islamisten im Land erzeugt haben. Während die „Moderaten“ unter den Konservativen nach Auswegen suchen und Verhandlungsbereitschaft signalisieren, heizen die radikalen Islamisten und die rechte Presse die Stimmung an, soweit, dass jeder, der sich kompromissbereit zeigt, als Verräter und Lakai des Westens erscheinen muss. Kein Wunder, dass sich in dieser Situation die Stimmen häufen, die sich durch radikale Äußerungen profilieren wollen. So zum Beispiel Allaeddin Borudjerdi, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Nationale Sicherheit und Außenpolitik, der auf einer Pressekonferenz in Moskau erklärte, sollte die internationale Atombehörde die Akte Irans an den UN-Sicherheitsrat weiterleiten, werde Iran die Arbeit der Inspektoren unterbinden und das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag ablehnen. (siehe auch die Äußerungen des Parlamentsabgeordneten Ghodrattollah Imani S. 16 in diesem Report).

Aber die iranische Staatsführung ist sich darüber im Klaren, dass die Zeit des Taktierens endgültig vorbei ist. Sie muss bis zum 25. November entweder Kompromisse eingehen oder mit ernsthaften Sanktionen rechnen. Deutschland, Großbritannien und Frankreich haben unmissverständlich erklärt, dass sie mit ihren Vorschlägen den letzten Versuch unternommen haben, den Konflikt auf friedlichem Weg zu lösen. Sollte der Versuch scheitern, werden sie dem harten Kurs der USA folgen und im Sicherheitsrat Sanktionen gegen Iran beschließen. Bundesaußenminister Joschka Fischer zeigte sich in einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ über das iranische Atomprogramm „äußerst besorgt“. Er warnte vor Risiken und Konflikten im Nahen und Mittleren Osten. Diese Region berge „durch die Verschränkung von terroristischer Bedrohung mit einem Nuklearrisiko die Gefahr der Eskalation“. „Wenn dort die Dinge eskalieren und zur Explosion drängen, werden wir nicht ungeschoren davon kommen“, sagte Fischer. Dies sei im Moment seine größte Sorge.

Ähnlich äußerte sich Staatssekretärin Kerstin Müller vom Auswärtigen Amt. In der Bundestagsdebatte über den Jahresabrüstungsbericht 2003 erklärte sie,

die Bundesregierung werde zusammen mit Frankreich und Großbritannien nicht nachlassen, Iran zu überzeugen, freiwillig auf die Schließung des nuklearen Brennstoffkreislaufs zu verzichten. Im November werde der Gouverneursrat der Internationalen Atombehörde (IAEA) entscheiden, ob weitere Schritte notwendig seien, um Iran zur Erfüllung der Verpflichtungen nach dem Atomsperrvertrag zu bewegen.

Die USA betrachten den Einlenkungsversuch der Europäer mit Skepsis. Sie hätten grundsätzliche Bedenken, dass sich Iran neue Atomtechnologie beschaffen könnte, sagte Außenamtssprecher Richard Boucher in Washington. Die Vereinigten Staaten könnten weder wirtschaftliche noch rationale Gründe erkennen, warum ein Land wie Iran Energie aus Atomkraft gewinnen müsse.

Am 27. Oktober haben sich die Vertreter der drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien erneut mit einer iranischen Delegation in Wien getroffen. An der Sitzung nahmen auch EU-Vertreter aus Brüssel teil. Doch auch dieses Mal verlief die Sitzung ohne Ergebnis. Ein weiteres Treffen wurde für den 5. November in Paris vereinbart.

Inzwischen hat auch Revolutionsführer Ali Chamenei zu den Vorschlägen der EU Stellung genommen. Die Urananreicherung sei ein verbrieftes Recht eines jedes Unterzeichners des Internationalen Atomwaffensperrvertrags, sagte Chamenei laut dem iranischen Satellitensender El Alam. Sollten die Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens bei ihren Gesprächen weiterhin jede Logik vermissen lassen, „könnten wir sogar einen Abbruch der Gespräche erwägen“, drohte Chamenei. „Wir haben bewiesen, dass wir nachgeben, wenn man uns mit logischen Argumenten begegnet, aber uns heftig zur Wehr setzen, wenn man uns mit verbaler Gewalt und Drohungen kommt.“ Anders als der Revolutionsführer gab sich Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandjani versöhnlicher als noch vor wenigen Wochen. Beim Freitagsgebet am 29. Oktober meinte er, eine Einigung mit der EU sei möglich, denn das Verhalten der Europäer bei den jüngsten Verhandlungen sei „realistischer als bisher“. Deshalb glaube er, dass akzeptable Ergebnisse möglich seien, sagte er.

**IAEA bietet Iran Atombrennstoff an**

Wie aus Diplomatentreisen berichtet wird, hat die Internationale Atombehörde (IAEA) kurz vor Ablauf des Ultimatums Iran eine garantierte Versorgung mit Atombrennstoff angeboten. Damit versucht die IAEA, das im Atomstreit zwischen Iran und den USA bzw. der EU von der Regierung in Teheran vorgetragene Argument zu entkräften, bei einer Einstellung seiner umstrittenen Uran-Anreicherung könne es Probleme bei der Energieversorgung geben.

Einschätzung der iranischen Position

Die Stärke, die Iran bei den Verhandlungen mit den EU-Staaten sowie gegenüber den USA bzw. der Atombehörde demonstriert, ist in Anbetracht der rechtlichen und politischen Lage keineswegs erstaunlich. Das Ultimatum der EU-Staaten ist nicht haltbar. Tatsächlich hat nach dem Atomsperrvertrag Iran das Recht, sich die technologischen Voraussetzungen für die friedliche Nutzung der Atomenergie anzueignen. Dazu gehören auch die Anreicherung von Uran und die Herstellung des atomaren Brennstoffs. Ja, noch mehr. Die IAEA ist dazu verpflichtet, die Mitgliedsstaaten beim Technologietransfer zu unterstützen. Daher ist das Ultimatum rechtlich irrelevant. Es hat nur einen politischen Hintergrund. Dieser politischen Forderung will Iran sich nicht beugen. Darin wird Teheran von sämtlichen blockfreien Ländern, die nicht im Besitz der Atombombe sind, unterstützt. Denn diese Länder befürchten, dass sie bei der Nutzung der Atomenergie zunehmend in Abhängigkeit von den Atommächten geraten. So wird es für den Westen nicht einfach sein, das Ultimatum durchzusetzen, weder politisch noch militärisch. Einen militärischen Angriff auf Iran wird es nach dem erlebten Debakel im Irak in der nächsten Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach nicht geben.

Hinzu kommt, dass die beiden Atommächte Russland und China, die zudem zu den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats gehören, kaum bereit sein werden, gegen Iran Position zu beziehen. Russland ist beim Bau der iranischen Atomanlagen stark engagiert und unterhält außerdem enge wirtschaftliche Beziehung zu Iran. China ist auf iranisches Erdöl und Erdgas angewiesen.

Teheran weiß auch, dass der UN-Sicherheitsrat, sollte er sich mit der Akte Irans befassen, wohl kaum Sanktionen gegen das Land beschließen könnte. Nicht nur weil Russland und China vermutlich dagegen ihr Veto einlegen würden, sondern weil die wirksamste Sanktion gegen Iran ein Boykott des iranischen Öls sein würde. Aber eine solche Maßnahme würden selbst die westlichen Staaten unter Rücksichtnahme auf die gegenwärtigen Ölpreise kaum beschließen wollen.

Iran hat also nichts zu befürchten. Der Westen hingegen einiges. Eine Isolierung Irans könnte erstens zu einer Ölkrise führen und zweitens vor allem den EU-Ländern, die mit Iran zurzeit gute Geschäfte machen, ökonomisch schaden. Darüber hinaus wissen sowohl die USA als auch die EU-Staaten, dass Iran in Afghanistan, im Irak und in der gesamten Region eine wichtige Rolle spielt, dass das Land in der Lage wäre, in der Region weit mehr als bisher die antiwestliche Stimmung anzuhetzen und den Widerstand gegen die Besatzer in Afghanistan und im Irak erheblich zu forcieren.

Somit hat Iran nicht nur rechtlich eine starke Position, sondern auch politisch wirksame Hebel in der Hand. Daher wird Iran nur dann einlenken, wenn es genügend Gegenleistungen erhält.

Russland sieht keinen Anlass, UN-Sicherheitsrat einzuschalten

Am 10. Oktober führte der russische Außenminister Sergej Lawrow in Teheran mit seinem iranischen Amtskollegen Kamal Charrasi Gespräche über das iranische Atomprogramm. Dabei ging es hauptsächlich um den Konflikt zwischen Iran und der Internationalen Atombehörde (IAEA). Der Gouverneursrat der IAEA hatte Iran im September aufgefordert, bis zum 25. November alle offenen Fragen zu seinem Atomprogramm zu klären. Andernfalls werde die Behörde den Sicherheitsrat einschalten, der Sanktionen gegen das Land beschließen könnte.

Lawrow sagte nach der Unterredung mit Charrasi auf einer gemeinsamen Pressekonferenz, er sehe keinen Anlass dazu, den Sicherheitsrat einzuberufen. Gespräche darüber wären „voreilig“.

Die russische Atomindustrie arbeitet seit Jahren an der Fertigstellung ei-



nes Reaktors in der iranischen Stadt Buschehr am Persischen Golf. Beim Besuch des russischen Außenministers kam auch der geplante Staatsbesuch Wladimir Putins in Iran zur Sprache. Medienberichten zufolge sollen sich beide Länder darüber verständigt haben, dass der russische Präsident in nächster Zeit Iran besucht.

Kerrys Vorschlag zur Lieferung von Kernbrennstoff abgelehnt

Iran hat das Angebot des demokratischen Kandidaten bei den US-Präsidentenwahlen, John Kerry, zur Lieferung von Kernbrennstoff für iranische Atomkraftwerke abgelehnt. „Wir haben die Technologie zur Herstellung von Kernbrennstoff und es gibt keinen Grund für uns, andere darum zu bitten“, sagte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Hamid Resa Assefi. Es wäre unvernünftig, das iranische Atomprogramm zu gefährden. Iran könne keinen Angeboten des Westens trauen, das Land mit Brennstoff für Kernreaktoren zu versorgen. „Welche Garantie gibt es? Werden sie uns einen Tag lang versorgen und am anderen Tag die Belieferung einstellen, wenn sie das wollen?“, fragte er.

Kerry hatte Iran angeboten, Brennstoff für Kernkraftwerke zu liefern und die abgebrannten Brennelemente zurückzunehmen, wenn Iran seinerseits die Aktivitäten zur Anreicherung von Uran einstelle.

Im Gegensatz zu Kerry zieht US-Präsident Bush gegenüber Iran eine härtere Gangart vor. Seine Regierung drängt darauf, dass sich der UN-Sicherheitsrat mit dem iranischen Atomprogramm befasst und Sanktionen gegen das Land beschließt.

Der Staatssekretär im US-Außenministerium, John Bolton, sagte in einem Interview mit der Zeitung „Welt am Sonntag“: „Wir ziehen gegenwärtig keine militärische Intervention in Betracht. Aber unsere Position ist die, dass wir von Anfang an keine Option ausschließen sollten. Iran muss verstehen, dass der Erwerb von Atomwaffen die rote Linie unserer Politik ist.“ Bolton fuhr fort: „Das wichtigste ist momentan, Iran auf die Agenda des UN-Sicherheitsrats zu bringen, um ihm so zu zeigen, dass die internationale Gemeinschaft nicht akzeptiert, dass er einen Atomstatus erwirbt“

Bolton, der u.a. für Rüstungskontrolle zuständig ist, kritisierte im genannten Interview Deutschland wegen seiner Handelsbeziehungen mit Iran. „Ich kann nur aus amerikanischer Perspektive sprechen“, sagte er. „Wir treiben keinen Handel mit Ländern, die unter Verletzung internationaler Verträge nach Atomwaffen streben.“ Wenige Tage vor dem Interview war eine Wirtschaftsdelegation aus Deutschland nach Iran gereist, um dort über einen Ausbau der Handelsbeziehungen zu sprechen.

Iran bevorzugt Bush vor Kerry

Hassan Rohani, Leiter des Nationalen Sicherheitsrats und Chefunterhändler bei Atomfragen, plauderte aus der Schule und verriet, welche Überlegungen die iranische Staatsführung im Zusammenhang mit den Wahlen in den USA anstellt. Er sagte, Teheran bevorzuge Bush vor Kerry. Denn historisch betrachtet hätten die USA in den Zeiten, in denen die Demokraten an der Regierung gewesen seien, Iran mehr geschadet, als in den Zeiten, in denen die Republikaner regiert hätten. „Wir wünschen nicht, dass die Demokraten die Regierung übernehmen“, sagte er offenerherzig. Vermutlich wird sich Präsident Bush über diese Wahlhilfe eines Landes, das er neben Irak und Korea als „Achse des Bösen“ bezeichnete und eines Regimes, dessen Sturz er anstrebt, wundern.

„Wir sollten nicht vergessen, dass es die meisten Sanktionen und den größten wirtschaftlichen Druck auf Iran in der Amtszeit Clintons gab“, sagte Rohani. „Und wir sollten auch nicht vergessen, dass Bush – trotz seiner scharfen und unbegründeten Rhetorik gegen Iran – von der Praxis her gesehen keine gefährlichen Aktionen gegen Iran unternommen hat.“

„Unsere wichtigste Parole ist nach wie vor: Tod den USA“

Der Parlamentsabgeordnete Ghodrattollah Imani forderte in einer Rede vor dem Parlament die Verantwortlichen auf, dem Druck des Westens bezüglich des iranischen Atomprogramms nicht nachzugeben. Imani gehört dem Bündnis der konservativen „Abadgaran“ an, das im Parlament die Mehrheit besitzt. Seine Rede, die wir in Auszügen zitieren, erinnert an die ersten Jahre der Revo-



lution. Sie ist exemplarisch für die Position, die unter den Konservativen im neuen Parlament weit verbreitet ist.

„Weder die Unterzeichnung des Atomsperrvertrags noch die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls haben unserem Land Vorteile gebracht“, sagte Imani. „Wir haben die Urananreicherung ein ganzes Jahr lang ausgesetzt. Das reicht aus, um unsren guten Willen zu zeigen. Jetzt ist es genug. Wir haben gemäß dem Atomsperrvertrag das Recht, Uran anzureichern. Die kolonialistischen Staaten England, Frankreich und Deutschland haben ihre Zusicherung, die Akte Irans zu schließen und uns die erforderliche Technologie zur Verfügung zu stellen, nicht eingehalten. Sie haben ihr Wort gebrochen und uns überlistet. Die Resolution, die sie gegen unser Land verabschiedet haben, war eine ehrlose Verschwörung. Wir werden von unsrer Position um keinen Deut zurückweichen, wir werden uns niemals dem Unrecht beugen, von keinem Land der Welt uns etwas vorschreiben lassen, und wir werden nicht nach der Pfeife der Europäer tanzen. Wir haben nichts zu verstecken. Wir sind keine Unterdrücker und lassen uns auch nicht unter Druck setzen. Wir werden es nicht zulassen, dass andere Länder sich in die Angelegenheiten unseres Landes einmischen. Der ständige Druck, den die USA gegen unser Land ausüben, soll dem Schutz des zionistischen Staates dienen. Sie sollten aber wissen, dass dieser Herd des Verderbens nicht mehr lange dem Zorn Gottes standhalten und bald verschwinden wird. Unsere diplomatischen Vertreter waren nicht fähig genug, um unsere Rechte und Interessen zu vertreten. Sie haben sich allzu versöhnlich verhalten und sich damit zufrieden gegeben, mit den verschworenen Feinden unseres Landes zu verhandeln. Sie haben den hungrigen Wölfen und blutrünstigen Leoparden vertraut, was ein großer Fehler war. Länder, die selbst Atomwaffen besitzen, wollen uns diese Waffen verbieten und drohen uns mit eben diesen Waffen. Das ist lächerlich. Das ist die Logik von Raubtieren. Die Europäer sollten wissen, dass sie nicht zuviel von uns verlangen und uns nichts vorschreiben können. Sollten sie diese Taktik fortsetzen, werden wir nicht nur uns weigern, das Zusatzprotokoll zu unterzeichnen, wir werden auch den Atomsperrvertrag kündigen.“

Imani zählte die Nachteile auf, die die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls Iran bringen würde. „Wenn wir das Zusatzprotokoll unterzeichnen, müssen wir zahlreiche Informationen und Geheimnisse unseres Staates preisgeben. Diese werden in die Hände fremder Staaten gelangen. Sie werden der Atombehörde zur Verfügung gestellt, in der unsere Feinde wie die USA das Sagen haben. Geheimnisse und Informationen gehören zu der Ehre einer Nation. Geben wir sie preis, haben wir uns politisch verkauft. Warum sollen wir diese Erniedrigung dulden? Wollen wir damit beweisen, dass wir keine Terroristen sind, dass wir den Terrorismus nicht unterstützen und uns an internationale Vereinbarungen halten? Werden sie uns dann in Ruhe lassen? Haben die USA nicht Millionen Dollar ausgegeben, um einen Regimewechsel in Iran herbeizuführen? Haben sie nicht Afghanistan und Irak überfallen? Amerika ist unverbesserlich. An allem Verbrechen, die auf der Welt geschehen, sind die USA direkt oder indirekt beteiligt. Also ist unsere wichtigste Parole nach wie vor ‚Tod den USA‘.“

Teheran wirft EU „unverhohlene Menschenrechtsverletzungen“ vor

Teheran hat auf die Vorwürfe der EU zur Verletzung von Menschenrechten in Iran mit einer Retourkutsche reagiert. Hamid Reza Assefi, Sprecher des Außenministeriums, warf der EU „unverhohlene Menschenrechtsverletzungen“ vor. Iran sei „besorgt“ über Verletzungen von Menschenrechten, der Rechte der Muslime sowie über diskriminierende Gesetze gegen Minderheiten. Iran erwarte geeignete „Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation“ sagte Assefi. Er nahm auch zu den Vorwürfen der EU Stellung und sagte, die Situation der Menschenrechte in Iran verbessere sich ständig. Die Vorwürfe aus dem Westen würden das Gegenteil dessen bewirken, was sie zu erreichen versuchen.

Mit dieser Stellungnahme reagierte Assefi auf ein Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg, bei dem die Minister ihre Besorgnis über die „andauernden schweren Menschenrechtsverletzungen in Iran“ geäußert hatten. Dabei wurden insbesondere Einschränkungen von bürgerlichen und politischen Rechten wie der Meinungsfreiheit seit den Parlamentswahlen im Februar, die anhaltende Diskriminierung von



Frauen und die steigende Zahl von Hinrichtungen Minderjähriger beklagt. Diese Besorgnis wollen die EU-Staaten auch auf der UN-Vollversammlung am Jahresende äußern.

Zu den Vorwürfen meinte Assefi, die Urteile beruhten auf falschen Informationen und zeigten das Unverständnis für die gesellschaftliche Realität in Iran. Zudem gäbe es zu den Menschenrechten unterschiedliche Auffassungen. Die Europäer seien noch weit davon entfernt, die Gleichberechtigung der Kulturen zu akzeptieren.

Papst fordert Religionsfreiheit in Iran

Papst Johannes Paul II. hat beim Antrittsbesuch des neuen iranischen Botschafters Mohammad Faridzadeh die iranische Führung zu verstärktem Engagement für Frieden und gegen den Terrorismus aufgefordert. Friedensbemühungen setzten gegenseitiges Vertrauen und die Annahme internationaler Abkommen voraus, betonte der Papst und hob in diesem Zusammenhang die Bedeutung der UNO hervor. Die Vereinten Nationen seien im Kampf gegen den Terrorismus und für eine Friedensordnung unverzichtbar. Zur Gestaltung einer „ausgewogenen internationalen Ordnung“ brauche die Staatengemeinschaft ein stabiles, wirksames und anerkanntes Instrument wie die UNO, sagte der Papst.

Gleichzeitig mahnte das Kirchenoberhaupt Garantien für eine Religionsfreiheit in Iran an. Die christliche Minderheit im Land ermahnte der Papst zu verstärkten Bemühungen um einen Dialog mit dem Islam. In diesem Zusammenhang erinnerte Johannes Paul II. an die vom päpstlichen Rat für interreligiösen Dialog und den schiitischen Autoritäten des Landes veranstalteten regelmäßigen Begegnungen zwischen Christen und Muslimen in Iran.